

Stand: 27.04.2024 02:47:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15707

"Mindestlohn flächendeckend einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/15707 vom 20.02.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 21.02.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/16198 des SO vom 28.02.2013
4. Beschluss des Plenums 16/16590 vom 24.04.2013
5. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 24.04.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos und Fraktion (SPD)**

Mindestlohn flächendeckend einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gesetzesinitiative der Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein über die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns im Bundesrat zu unterstützen.

Begründung:

Der Gesetzentwurf soll faire und sichere Arbeitsbedingungen durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gewährleisten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen vor Dumpinglöhnen geschützt werden und es soll ihnen ein existenzsicherndes Einkommen und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Prekäre Beschäftigung statt guter Arbeit mit anständiger Bezahlung – das ist leider der Trend in den vergangenen Jahren auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in Bayern ist der Rückgang der Arbeitslosenquote zu einem großen Teil auf den starken Anstieg von prekärer Beschäftigung zurückzuführen. Zwischen 2000 und 2008 ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Bayern durchweg angestiegen und beträgt derzeit rund 18 Prozent. Darüber hinaus wird der Bezug von Niedriglohn für die betroffenen bayerischen Beschäftigten zunehmend zu einem dauerhaften Zustand. So liegt der Anteil an Personen, die binnen eines Jahres den Wechsel von Niedriglohnbezug in die Gruppe der „Normalverdiener“ geschafft haben, bei gerade mal 30 Prozent in den Jahren 2009 und 2010. Von „besten Arbeitsmarktchancen“ zu sprechen wie das die Staatsregierung tut, ist angesichts der zunehmenden Zahl von Aufstockern (von 2007 bis 2010 Anstieg um 13 Prozent), die trotz Erwerbstätigkeit arbeitsgefährdet sind, nur schwer nachzuvollziehen. Die flächendeckende Einführung eines Mindestlohns ist angesichts dieser Zahlen unabdingbar. Gesetzliche Mindestlöhne gibt es bereits in 20 der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Das betrifft einerseits die Vorverurteilung, die Sie uns vorwerfen. Ich erwarte andererseits genau dieselbe Offenheit, sich unter Umständen unangenehmen Erkenntnissen zu stellen, auch auf der Seite da drüben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, zur Erwiderung, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Stahl, Sie haben sicherlich meinen Ausführungen vorhin entnommen, dass ich ausdrücklich dem gesamten Hohen Hause zugesagt habe, dass ich, sobald mir die Ergebnisse der staatsanwaltlichen Ermittlungen vorliegen, zu allen heute aufgeworfenen Fragen selbstverständlich dem Hohen Hause und dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit berichten werde. Ich werde über alles berichten, was mir dann an Erkenntnissen vorliegt. Das habe ich ausdrücklich zugesagt.

Ich sage Ihnen aber ausdrücklich auch, worauf ich bereits Bezug genommen habe: In den letzten Tagen ist auch von diesem Rechtsanwalt über die Vorfälle des 20. Januar hinaus – dazu habe ich drei-, vier-, fünfmal gesagt, es muss sorgfältig aufgeklärt werden -, das Vorgehen der Polizei an den weiteren Tagen problematisiert worden. Wie kommt denn die Polizei überhaupt dazu, dass sie an weiteren Tagen nochmals erschienen ist usw.? Genau diese Fragen haben Sie in Ihrem Antrag aufgeworfen. Da erlaube ich mir schon, zu sagen: Die Ereignisse des 20. Januar sind das Eine. Aber Sie machen daraus einen riesigen Problemkomplex oder stellen gar rechtlich infrage, ob es überhaupt in Ordnung war, dass die Polizei sich erdreistet hat, irgendwann noch einmal das Haus zu betreten. Man kann überblicken, wie damals die Rechtslage war. Deshalb erlaube ich mir klarzustellen: Weshalb war sie überhaupt im Laufe der letzten sieben Monate viermal in diesem Haus, und wie sind die Vorfälle an den anderen Tagen, also nicht am 20. Januar, zu beurteilen? – Dazu habe ich Stellung genommen, und dazu stehe ich auch.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst trenne ich wieder die Anträge. Da ich Sie kenne, ziehe ich erst einmal ein paar andere Abstimmungen vor.

Ich schlage Ihnen vor, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/15706 bis 16/15713 sowie 16/15727 bis 16/15730 in die zuständigen federfüh-

renden Ausschüsse zu verweisen. - Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Für die erste namentliche Abstimmung schlage ich fünf Minuten, für die zweite schlage ich drei Minuten vor.

(Zurufe von allen Fraktionen: Drei Minuten!)

- Zweimal drei Minuten? Ich habe schon Beschwerden bekommen. Ich probiere es und riskiere zu Ihren Gunsten die Beschwerden. Die Abstimmungen dauern zweimal drei Minuten.

Die erste namentliche Abstimmung erfolgt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/15705. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Boxen sind an den üblichen Stellen aufgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Wir nehmen uns dafür drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.26 bis 17.29 Uhr)

Die letzten Sekunden laufen. Sind noch Karten für die erste Abstimmung abzugeben? - Dann schließe ich jetzt die erste Abstimmung und bitte, die Boxen zu entleeren. Wir zählen das Ergebnis außerhalb des Saales aus und werden es Ihnen so schnell wie möglich bekannt geben.

Wir sind schon bereit für die zweite Abstimmung. Hier geht es um den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/15726. Das ist der Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP. Ich eröffne die Abstimmung. Wir nehmen uns wieder drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.29 bis 17.32 Uhr)

Ich schließe auch die zweite Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Saales aus und geben das Ergebnis so schnell wie möglich bekannt.

(Unterbrechung von 17.33 bis 17.35 Uhr)

Nach der kurzen Unterbrechung gebe ich jetzt die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Unabhängige Aufklärung des Polizeiübergriffs auf eine junge Münchnerin in der Polizeiinspektion 21 in München-Au", Drucksache 16/15705: Mit Ja haben gestimmt 55 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 75 Abgeordnete. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 16/15707

Mindestlohn flächendeckend einführen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Hans-Ulrich Pfaffmann**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 95. Sitzung am 28. Februar 2013 beraten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: 1 Zustimmung, 1 Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/15707, 16/16198

Mindestlohn flächendeckend einführen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 9)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 9)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. –Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

